

Antrag 01/II/2022**Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Leitantrag: Wir bringen Berlin gut und solidarisch durch die Krise****1. Berlin packt das**

Viele Berlinerinnen und Berliner sind in Sorge, die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten in diesem Winter nicht mehr zahlen zu können. Vor allem die Preise für Energie und Lebensmittel haben sich massiv verteuert. Wir werden alles dafür tun, um Berlin gut durch diese Zeit zu bringen – niemand wird allein gelassen, wir bleiben beieinander!

9

Der Auslöser für die Preiskrise ist Russlands Krieg gegen die Ukraine und damit verbundene Spekulationen auf verschiedenen Märkten. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt der souveränen Ukraine und den Menschen in und aus der Ukraine. Dieser gravierende Bruch mit der internationalen Friedensordnung ist durch Nichts zu rechtfertigen.

18

Die hohen Preise für Energie, Lebensmittel und viele weitere Waren des täglichen Bedarfs treffen vor allem Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen hart. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Auszubildende und Studierende, Empfänger*innen von Sozialleistungen, obdachlose Menschen, Rentner*innen, Frauen mit geringem Einkommen und Familien mit Kindern. Hinzu kommt, dass viele noch immer unter den Folgen der Coronapandemie leiden. Zu den Folgen der Pandemie zählt, dass deutlich mehr Mütter als Väter ihre wöchentliche Arbeitszeit reduziert haben, um die häusliche Care-Arbeit zu übernehmen und Betreuungspässe durch Kita- und Schulschließungen aufzufangen. Wir setzen uns weiter für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und flexiblere Arbeitszeitmodelle für Frauen ein.

34

Die Angst vor Verarmung reicht bis weit in die Mittelschicht. Armut ist ein schleichender, zermürender Prozess. Armut führt zu Einsamkeit, zu Momenten der Verlegenheit. Armut grenzt aus, Armut macht krank. Im Bund und im Land sind Maßnahmen notwendig, die Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen erreichen und ihnen soziale Sicherheit geben.

42

Menschen mit geringem Einkommen haben keine Rücklagen und oft auch kein weiteres Einsparpotenzial in ihrem Budget. Und die individuellen Energiesparmöglichkeiten von Mieter*innen sind begrenzt. Sie sind aber von steigenden Energiepreisen überproportional betroffen.

48

49 Die hohe einseitige Abhängigkeit Deutschlands von Ener-
50 gielieferungen aus Russland hat sich als strategischer Feh-
51 ler der vergangenen Jahrzehnte herausgestellt und führt
52 dazu, dass wir die Folgen heute zu spüren bekommen:
53 Russland setzt seine Energielieferungen als Druckmittel
54 ein. Die Preise steigen unter anderem infolge des durch
55 Russland verknappten Angebots und unsere Versorgungs-
56 sicherheit ist gefährdet. Wir müssen uns aus der Abhän-
57 gigkeit von russischem Erdgas schnellstmöglich befreien
58 und unsere Energieversorgung noch zügiger klima- und
59 sozialgerecht umbauen.

60

61 Die hohen Energiepreise wirken sich auch negativ auf ei-
62 nen Großteil unserer Wirtschaft aus, die zusätzlich noch
63 immer unter den Folgen der Corona-Pandemie leidet. Ei-
64 nige Branchen sind besonders betroffen, wie zum Beispiel
65 das Baugewerbe, der lokale Einzelhandel, Bäckereien, Wä-
66 schereien, Fleischereien oder die fertigende Industrie. Zur
67 Wahrheit gehört aber auch: Manche Unternehmen ma-
68 chen krisenbedingt überhöhte Gewinne, profitieren von
69 den gestiegenen Preisen oder nutzen die Krise für Preis-
70 erhöhungen aus.

71

72 In dieser Lage gilt es, solidarisch zusammenzustehen! Ge-
73 meinsam schaffen wir es in Berlin, diese Krise zu bewäl-
74 tigen. Wir lassen niemanden im Stich. Bereits im Som-
75 mer haben wir weitere Entlastungen gefordert und da-
76 bei deutlich gemacht, dass das Land Berlin bereit ist, sei-
77 nen Anteil zu leisten. Und wir haben uns konkret für eine
78 Anschlusslösung für das Neun-Euro-Ticket stark gemacht.
79 Beides hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass nach
80 dem Sommer auf Bundesebene weitere Entlastungen dis-
81 kutiert und beschlossen wurden.

82

83 Wir sorgen weiterhin dafür, dass alle, die Hilfe benötigen,
84 die notwendige Unterstützung erhalten und soziale Här-
85 ten abgefedert werden – im Bund, hier im Land Berlin und
86 vor Ort in den Bezirken. Das Leben muss leistbar bleiben
87 und die gesellschaftliche Teilhabe aller ermöglicht wer-
88 den. Wir unterstützen unsere Unternehmen und Betriebe,
89 um die Arbeitsplätze zu erhalten. Berlin packt das!

90

91 **2. Wir wollen, dass alle gut und dauerhaft durch die Kri-
92 se kommen**

93

94 Wir wollen in dieser Zeit all diejenigen Menschen errei-
95 chen, die jetzt Unterstützung brauchen – niemand darf
96 vergessen werden. Die gestiegenen Preise werden auf ab-
97 sehbare Zeit hoch bleiben. Die Menschen müssen also
98 dauerhaft mehr Geld im Portemonnaie haben, um die
99 dauerhaft höheren Kosten tragen zu können. Die Erhö-
100 hung des bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns auf
101 12 Euro ist ein wichtiger Schritt – bei weiterhin schnell

102 steigenden Preisen müssen aber weitere Erhöhungen fol-
103 gen. Den Berliner Landesmindestlohn haben wir in diesem
104 Jahr bereits auf 13 Euro erhöht. Die Erhöhung des Vergabe-
105 mindeststundenentgelts auf 13 Euro wird folgen. Die Tarif-
106 partner*innen sind gefordert, mit steigenden Löhnen und
107 Gehältern für einen Ausgleich zu sorgen. Auch die neue
108 EU-Richtlinie für angemessene Mindestlöhne unterstützt
109 diesen Aufwärtstrend. Sozialleistungen und Transferzah-
110 lungen müssen schnellstmöglich an die gestiegenen Prei-
111 se angepasst, Armut bekämpft und Verarmung verhin-
112 dert werden. Diejenigen, die sowieso schon über beson-
113 ders wenig Geld verfügen, müssen deshalb weiter gezielt
114 entlastet werden. Der Staat profitiert von den steigenden
115 Preisen durch höhere Steuereinnahmen – finanzielle Mit-
116 tel müssen für weitere Entlastungen verwendet werden.

117

118 Obdachlose Menschen sind oft diejenigen, die Krisen am
119 härtesten treffen. Sie profitieren weniger als andere Men-
120 schen von den vielen Entlastungsmaßnahmen der Bun-
121 desregierung oder des Berliner Senats. Gleichzeitig spü-
122 ren sie die Folgen stärker: Weniger Spenden und teurere
123 Lebensmittelpreise.

124

125 Mit dem Netzwerk der Wärme schaffen wir zusätzliche
126 Anlauforte für diesen Winter.

127

128 In Berlin haben wir als SPD bereits seit längeren Ent-
129 lastungen für Familien mit kleinen und mittleren Ein-
130 kommen durchgesetzt, zum Beispiel mit dem kostenlo-
131 sen Schülerticket, gebührenfreien Kitas, gebührenfreiem
132 Schulhort, kostenlosem Mittagessen oder der Lernmittel-
133 freiheit. Diese soziale Politik werden wir fortsetzen, damit
134 das Leben in Berlin bezahlbar bleibt.

135

136 Wir setzen uns aktiv auch für die Entlastung der Pflegebe-
137 dürftigen und ihrer Angehörigen ein. Diese sind nicht in
138 der Lage, selbst Energieeinsparungen vorzunehmen oder
139 Rücklagen für diese Zusatzkosten einzubringen, da sie
140 schon jetzt durch erhebliche Zuzahlungen zu den Kosten
141 ihrer Pflege belastet sind.

142

143 Auch viele Unternehmen sind jetzt auf Unterstützung an-
144 gewiesen. Ihre Versorgung mit Energie und Rohstoffen
145 muss gesichert bleiben. Wir müssen verhindern, dass Ar-
146 beitsplätze verloren gehen und Investitionen ausbleiben.
147 Deshalb braucht es zielgenaue Stabilisierungsprogramme
148 für Betriebe in Form von schnell verfügbaren Darlehen
149 und Zuschüssen des Bundes, die durch Maßnahmen des
150 Landes ergänzt werden. Weiterhin müssen krisenerprobte
151 arbeitsmarktpolitische Instrumente wie zum Beispiel das
152 Kurzarbeitergeld verlängert werden.

153

154 Diese Krise können wir nur solidarisch und nur gemein-

155 sam bewältigen. Das heißt auch: Die Belastungen von
156 Bund, Ländern, Unternehmen und der Bevölkerung müs-
157 sen gerecht auf viele Schultern verteilt werden. Und star-
158 ke Schultern müssen mehr tragen. Deshalb müssen Über-
159 gewinne abgeschöpft werden und deshalb werden wir
160 uns im Bund weiterhin für die Erhebung einer verfas-
161 sungskonformen Vermögenssteuer sowie einer einmaligen
162 Vermögensabgabe auf besonders hohe Privatvermö-
163 gen, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Einfüh-
164 rung einer Finanztransaktionssteuer einsetzen. Die Idee
165 eines Energie-Solis soll geprüft werden.

166

167 Die angespannte Lage bei unserer Energieversorgung und
168 unsere Abhängigkeit von Russland machen deutlich: Wir
169 müssen Energie einsparen und unsere Energieversorgung
170 noch viel schneller klimagerecht umbauen. Damit erhö-
171 hen wir auch unsere Versorgungssicherheit. Beim not-
172 wendigen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien
173 müssen auch die unionsregierten Bundesländer endlich
174 ihrer aktuellen Verantwortung nachkommen und den
175 Ausbau schneller vorantreiben.

176

177 Für uns ist klar: In der Krise spart man nicht! Im Zuge der
178 Krise fordern wir eine weitere Aussetzung der Schulden-
179 bremsen im Jahr 2023 und bekräftigen unsere Beschlussla-
180 ge, sie abzuschaffen. Im Land Berlin werden wir bei un-
181 serer Haushaltspolitik weiterhin einen Schwerpunkt auf
182 Investitionen in die Zukunft Berlins setzen. Entlastungen
183 dürfen nicht gegen Investitionen ausgespielt werden. Wir
184 investieren in Berlin in bezahlbaren Wohnraum, in Bil-
185 dung, in eine moderne Infrastruktur, in klimagerechte Mo-
186 bilität und in Energieeffizienzmaßnahmen. Wir werden
187 den Neustart der Berliner Wirtschaft für gute Arbeitsplät-
188 ze weiter vorantreiben.

189

190 **3. „You’ll never walk alone“ – Niemand wird allein ge-**
191 **lassen!**

192

193 Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit
194 Bundeskanzler Olaf Scholz hat auf die Krise mit inzwi-
195 schen drei Entlastungspaketen schnell und entschlossen
196 reagiert. Viele Maßnahmen waren und sind eine echte
197 Unterstützung für die Bürger*innen und die Unterneh-
198 men.

199

200 Mit den Einmalzahlungen wie der Energiepreispauscha-
201 le oder dem Heizkostenzuschuss wurde schnell gehol-
202 fen. Auf berechnete Kritik, wie beispielsweise darauf, dass
203 Rentner*innen bei der einmaligen Energiepreispauscha-
204 le ausgenommen waren, wurde mit dem dritten Entlas-
205 tungspaket reagiert. Mit Entlastungen bei der Einkom-
206 menssteuer, Abgaben-Entlastungen für niedrige Einkom-
207 men, der Kindergelderhöhung, der vereinbarten Auswei-

208 tung des Wohngelds oder dem Bürgergeld werden viele
209 Menschen dauerhaft mehr Geld zur Verfügung haben.
210
211 Die Bundesregierung hat mit der Mehrwertsteuersen-
212 kung auf Gas schnell eine preiswirksame Maßnahme
213 ergriffen, um Gaspreissteigerungen abzufedern – die-
214 se Steuersenkung muss nun vollständig an die Verbrau-
215 cher*innen weitergegeben werden.
216
217 Auch im Land Berlin hat die SPD-geführte Koalition schnell
218 auf die Kriegsfolgen und die Preiskrise reagiert. Bei der
219 Aufstellung des Doppelhaushalts haben wir bereits mit
220 der Energiekostenrücklage in einem Krisenfonds mit ins-
221 gesamt 380 Mio. Euro für steigende Energiekosten vorge-
222 sorgt.
223
224 Berlin leistet humanitäre Hilfe für die Ukraine. Seit Beginn
225 des Krieges sind über 330.000 geflüchtete Menschen aus
226 der Ukraine in Berlin erstversorgt worden. Viele von ihnen
227 leben seitdem in unserer Stadt.
228
229 In Berlin unterstützen wir gezielt und ergänzen die auf
230 Bundesebene vereinbarten Maßnahmen mit dem Berliner
231 Entlastungspaket. Wir fordern den Senat auf, schnellst-
232 möglich einen Nachtragshaushalt in Höhe von bis zu 1,5
233 Milliarden Euro für die Bewältigung der Krise vorzulegen,
234 um als Land Berlin handlungsfähig zu bleiben.
235
236 Mit dem 29-Euro-Ticket als Überbrückungsangebot zum
237 bundesweiten Anschlussticket für das 9-Euro-Ticket ent-
238 lasten wir die Berliner*innen ganz konkret von Oktober
239 bis Dezember und ermöglichen in ganz Berlin eine kos-
240 tengünstige und klimafreundliche Mobilität. Ein Härte-
241 fallfonds soll bei akuten Fällen von Energieschulden hel-
242 fen. Wir wollen insbesondere private Haushalte mit nied-
243 rigem und mittlerem Einkommen entlasten, um die ge-
244 stiegenen Energiekosten abzufedern. Dies soll mit einem
245 Energiekostenzuschuss oder einem Stromrabatt ermög-
246 licht werden. Jede*r soll durch den Winter kommen, ohne
247 hungrig im Dunklen oder Kalten zu sitzen. Niemand soll
248 in Berlin Angst haben müssen, sich die Wohnung, Strom
249 und Gas oder den Lebensunterhalt nicht mehr leisten zu
250 können. Wir begrüßen, dass der Berliner Senat ein Kündi-
251 gungsmoratorium bei den landeseigenen Wohnungsbaug-
252 esellschaften umgesetzt hat, und fordern den Senat auf,
253 sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein gene-
254 relles Kündigungsmoratorium für Mieter*innen erreicht
255 wird.
256
257 Der SPD-geführte Senat setzt sich dafür ein, den Unter-
258 nehmen in Berlin in der Krise zu helfen, um so die Ar-
259 beitsplätze und die Wirtschaftskraft zu erhalten. Genau-
260 so wichtig ist für uns, die soziale Infrastruktur, soziale

261 Einrichtungen und Träger zu unterstützen, damit sie ihre
262 Angebote aufrechterhalten können: Keine soziale Einrich-
263 tung darf aufgrund der Energiepreise geschlossen wer-
264 den. Nicht zuletzt geht es in der Berliner Landespolitik und
265 in den Bezirken auch darum, dass die beschlossenen Maß-
266 nahmen zügig umgesetzt werden und die Unterstützung
267 bei den Menschen ankommt.

268

269 Auch Bildungseinrichtungen müssen vor steigenden En-
270 ergiepreisen geschützt werden. Universitäten und Hoch-
271 schulen müssen als Raum für Studierende offen bleiben.
272 Wir dürfen nicht zulassen, dass eine weitere Krise auf dem
273 Rücken von Studierenden ausgetragen wird. Auch dafür
274 wollen wir mit unserem Berliner Entlastungspaket Sorge
275 tragen.

276

277 **4. Wir führen Berlin durch die Krise und unterstützen** 278 **gezielt**

279

280 a) Energieversorgung, Energiepreise und Energieein-
281 sparungen

282

283 Schon lange ist uns klar: Um die weltweite Klimaerwär-
284 mung zu bremsen, müssen wir aus der fossilen Energie-
285 nutzung aussteigen. Die Lehre aus der aktuellen Ener-
286 giekrise ist, dass wir unsere Energieversorgung schnellst-
287 möglich und grundlegend umbauen und unseren Ver-
288 brauch an fossiler Energie reduzieren müssen, um eine
289 Energiemangellage zu vermeiden. Wir müssen insgesamt
290 weniger verbrauchen. Das spart Geld, das schont die Res-
291 sourcen und das schützt das Klima.

292 Mit dem **Energiespar-Paket** des Landes Berlin hat der Se-
293 nat zehn konkrete Maßnahmen beschlossen, um im öf-
294 fentlichen Sektor mindestens zehn Prozent an Energie ein-
295 zusparen. Damit nimmt Berlin in Deutschland eine Vor-
296 reiterrolle ein. Wir empfehlen Berliner Unternehmen, Ein-
297 richtungen und Privathaushalten diesem Beispiel so weit
298 wie möglich zu folgen. Mit der Charta „Wirtschaft spart
299 Energie“ hat sich die Berliner Wirtschaft bereits selbst da-
300 zu verpflichtet, mindestens 10 Prozent Energie einzuspa-
301 ren. Auch in Privathaushalten kann oft noch mit einfachen
302 Maßnahmen viel Energie eingespart werden. Hilfe beim
303 Energieeinsparen gibt es u.a. bei der Energieberatung der
304 Verbraucherzentrale Berlin.

305

306 Uns ist aber auch bewusst, dass viele Haushalte mit nied-
307 rigem Einkommen bereits vor der aktuellen Krise alle Ein-
308 sparpotenziale genutzt haben – diese Haushalte haben
309 nun keine Spielräume mehr für weitere Einsparungen und
310 benötigen deshalb Hilfe und Unterstützung. Der **Berliner**
311 **Härtefallfonds** soll bei akuten Fällen schnell und unbüro-
312 kratisch helfen, damit in diesem Winter niemandem der
313 Strom oder die Heizung abgestellt wird.

314

315 Auf den **Energiemärkten** müssen Mitnahmeeffekte ver-
316 hindert werden. Auf dem Strommarkt muss auf EU-Ebene
317 durch eine Änderung des Strommarktdesigns das Merit-
318 Order-Prinzip überarbeitet werden, damit von den Preis-
319 steigerungen wenig betroffene Produzenten ihren Strom
320 nicht zu überhöhten Preisen verkaufen können. Die im
321 September von der EU-Kommission vorgeschlagenen Not-
322 fallmaßnahmen zur Deckelung der Strompreise und zur
323 Umverteilung der Gewinnüberschüsse gehen in die rich-
324 tige Richtung.

325

326 Die **Strompreisbremse und die Gaspreisbremse** für den
327 Basisverbrauch, die auf Bundesebene vorgesehen sind,
328 müssen zeitnah bei den Bürger*innen ankommen. Um
329 dies zu finanzieren, muss die Schuldenbremse ausgesetzt
330 werden. Wir fordern vom Bund ergänzend zu den bisher
331 beschlossenen Maßnahmen die Einführung eines **Ener-
332 giepreisdeckels** auf den Grundverbrauch für die **Fernwär-
333 me**.

334

335 Wir bauen unsere **Energieversorgung klimagerecht** um.
336 Berlin muss deutlich konsequenter die Erzeugung von er-
337 neuerbaren Energien vorantreiben. Mit dem Berliner So-
338 largesetz und dem **Berliner Klimaschutz- und Energie-
339 wendegesetz** wurde für die Nutzung der Solarenergie der
340 richtige Weg eingeschlagen. Dies muss genauso konse-
341 quent und kurzfristig für den Ausbau der Windenergie,
342 der Geothermie und dem Einsatz von Abwärme gelten.
343 Hier hat die Stadt einen sehr hohen Nachholbedarf. Es
344 ist kurzfristig zu prüfen, ob aus dem Berliner Hausmüll
345 (inkl. Geschäftsmüll) hergestellte Ersatzbrennstoffe für
346 die Erzeugung der Berliner Fernwärme (in Kraft-Wärme-
347 Kopplung) sinnvoll genutzt werden können. Darüber hin-
348 aus hat der Berliner Senat die von der Berliner SPD erar-
349 beitete **Wasserstoff-Strategie** voranzubringen, damit sie
350 bald, möglichst mit Brandenburg gemeinsam, in Umset-
351 zung kommt.

352

353 Die **Fernwärme** ist ein wichtiger Baustein bei der not-
354 wendigen Wärmewende. Wir streben – wie im Koaliti-
355 onsvertrag vereinbart – Schritte zur Rekommunalisierung
356 des Fernwärmenetzes mit dem Ziel einer beschleunigten
357 Dekarbonisierung der Fernwärme an und begrüßen, dass
358 der Senat eine Übernahme des Berliner Fernwärmenetzes
359 prüft.

360

361 Die SPD hat sich im Bund maßgeblich dafür eingesetzt,
362 das **Mieterstrommodell** zu entbürokratisieren und attrak-
363 tiver zu machen. Bürgergenossenschaften zur Erzeugung
364 regenerativer Energie sind verstärkt zu fördern. Wir for-
365 dern den Berliner Senat dazu auf, sich auf Bundesebene
366 für weitere Verbesserungen und Vereinfachungen dezen-

367 traler Erneuerbarer Energieerzeugung und -versorgung
368 einzusetzen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort
369 die im Koalitionsvertrag vereinbarte Biogasstrategie um-
370 zusetzen, denn **Biogas** bietet eine große Chance, russi-
371 sches Gas und auch andere fossile Gasimporte zu erset-
372 zen. Die Biomassenutzung der BSR kann dafür Vorbild
373 sein.

374

375 Gebäude verursachen 44 Prozent der CO₂ -Emissionen,
376 mit Sanierungen lässt sich der Wärmeverbrauch und
377 damit Heizkosten senken. Wir setzen in Berlin einen
378 deutlichen Schwerpunkt bei der sozialverträglichen
379 **energetischen Sanierung** insbesondere der energe-
380 tisch schlechtesten Bestandswohngebäude, die die
381 höchsten Heizkosten verursachen und die die größten
382 CO₂-Einsparpotenziale versprechen und werden die In-
383 vestitionen fortführen. Berlin sollte schnell Pilotprojekte
384 zur seriellen Sanierung anstoßen. Wir setzen uns dafür
385 ein, dass mit der Wohnungswirtschaft und den dem Mie-
386 tervereinen ein Berliner Gebäudesanierungsprogramm
387 ins Leben gerufen wird.

388

389 **b) Entlastungen und Unterstützung**

390

391 Die gestiegenen Preise machen weiterhin Entlastungen
392 und Unterstützung nötig. Wenn die hohen Preise weiter-
393 hin viele Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkom-
394 men überfordern, müssen kurzfristig weitere gestaffelte
395 Einmalzahlungen an besonders betroffene Personengrup-
396 pen gezahlt werden.

397

398 In Berlin werden wir den Entlastungsbetrag in Höhe von
399 300 Euro auch für die Pensionär*innen des Landes und
400 der Körperschaften öffentlichen Rechts zahlen, um sie den
401 Rentner*innen gleichzustellen.

402

403 Das **Neun-Euro-Ticket** war ein großer Erfolg. Damit wur-
404 de für eine kurzfristige finanzielle Entlastung gesorgt.
405 Die Zeit von Oktober bis Dezember 2022 überbrücken
406 wir in Berlin mit dem von der SPD durchgesetzten 29-
407 Euro-Monatsabo für die Tarifzonen Berlin AB als rollieren-
408 des Abonnement und sorgen so für eine kostengünstige
409 und klimafreundliche Mobilität. Wir begrüßen, dass der
410 Bund im dritten Entlastungspaket dafür ein günstiges und
411 bundesweit gültiges Anschlussticket vorgesehen hat. Das
412 bundesweit gültige, einheitliche und kostengünstige An-
413 gebot muss schnell kommen – möglichst bereits zum 1.
414 Januar 2023 – und muss auch für die Berliner*innen eine
415 echte Entlastung bringen. Auch für das Sozialticket möch-
416 ten wir eine Preissenkung erreichen.

417

418 Die hohen **Lebensmittelpreise** bedeuten insbesondere für
419 Menschen mit geringem Einkommen, dass sie Schwierig-

420 keiten haben, sich gesund zu ernähren und ihren täglich-
421 chen Bedarf zu decken. Wir fordern eine befristete Ab-
422 senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel.
423 Die vergangene temporäre Mehrwertsteuersenkung wur-
424 de zum größten Teil an die Verbraucher*innen weitergege-
425 ben. Damit würden vor allem ärmere Haushalte entlastet,
426 da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebens-
427 mittel ausgeben. Außerdem fordern wir eine steuerrecht-
428 liche Änderung, damit der Lebensmitteleinzelhandel ge-
429 spendete Lebensmittel nicht mehr versteuern muss. Da-
430 mit würde ein Anreiz gesetzt, mehr Lebensmittel zum Bei-
431 spiel an die Tafeln zu spenden, anstatt sie wegzuerwerfen.

432

433 Berlin muss für die Berliner*innen bezahlbar bleiben. Des-
434 halb haben wir bereits in den vergangenen Wahlperioden
435 umfangreiche Entlastungen durchgesetzt: Die gebühren-
436 freie Hortbetreuung in den ersten beiden Schuljahren, die
437 weitgehende Lernmittelfreiheit und das kostenfreie Schu-
438 lessen. Diesen erfolgreichen sozialdemokratischen Weg
439 wollen wir fortsetzen. Wir möchten Familien auch ohne
440 Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilha-
441 bepakett bei hohen Kostenpunkten unterstützen. Die ge-
442 stiegenen Preise werden langfristig hoch bleiben, deshalb
443 brauchen Familien mit Kindern eine zusätzliche dauerhaf-
444 te Entlastung. Deshalb fordern wir den Senat auf, weite-
445 re Schritte in diesen Bereichen zu prüfen. Dazu gehören
446 auch Entlastungen im Bereich der Daseinsvorsorge, etwa
447 bei den Gebühren für Müll oder Wasser.

448

449 Wir setzen uns im Bund dafür ein, die Höhe von Trans-
450 ferleistungen regelmäßig und in kürzeren Abständen zu
451 überprüfen und an die Preisentwicklung anzupassen. Ins-
452 besondere die Leistungen für Kinder müssen deutlich er-
453 höht und zielgenauer eingesetzt werden, um Kinderarmut
454 zu vermeiden. Wir erneuern unsere Forderung nach einer
455 Kindergrundsicherung.

456

457 Um **Studierende** von den Preissteigerungen zu entlasten,
458 ist eine weitere BAföG-Anpassung nötig. Wir fordern eine
459 Erhöhung und regelmäßige automatische Fortschreibung
460 der BAföG-Sätze sowie eine Ausweitung des Anspruchs-
461 berechtigtenkreises durch eine Erhöhung der Freibeträge.

462

463 **c) Soziale Infrastruktur erhalten, Teilhabe sichern**

464

465 Die gestiegenen Kosten belasten auch die soziale Infra-
466 struktur und die **sozialen Einrichtungen unserer Stadt**. Zu-
467 dem geht das Spendenaufkommen der Bevölkerung zu-
468 rück. Viele sozialen Träger kommen so in wirtschaftliche
469 Schwierigkeiten, ihre Angebote sind aber gerade in der jet-
470 zigen Lage für viele dringend notwendig. So stellen die ho-
471 hen Lebensmittel- und Energiepreise beispielsweise Kita-
472 und Schulküchen vor große Probleme. Wir werden alles

473 dafür tun, soziale Einrichtung in ihrer Arbeit zu unterstüt-
474 zen. Gleiches gilt für Zuwendungsempfangende. Wir for-
475 dern den Senat auf, soziale Träger durch eine Einmalzah-
476 lung zu unterstützen. Auch Vereine und Verbände müs-
477 sen bei Zahlungsschwierigkeiten aufgrund von Energie-
478 kostensteigerungen finanziell unterstützt werden.

479

480 Die psychologischen Beratungskapazitäten, insbesondere
481 auch für Kinder und Jugendliche müssen in der Stadt aus-
482 gebaut werden, da die Nachfrage danach immer mehr zu-
483 nimmt.

484

485 Für **obdachlose Menschen** wollen wir mehr 24/7 Einrich-
486 tungen ermöglichen. Neben der niedrighschwelligen Kälte-
487 hilfe, die einen Schlafplatz ermöglicht, werden auch tags-
488 über warme Aufenthaltsmöglichkeiten mit der Möglich-
489 keit der Essensversorgung benötigt. Wir wollen zukünftig
490 verstärkt über die Angebote zur Unterstützung obdachlo-
491 ser Menschen in Berlin informieren. Dies wollen wir zum
492 Anlass nehmen, um in Zukunft Hitzehilfe und Kältehilfe
493 stärker zusammenzudenken. Dabei soll explizit auch auf
494 Anlaufstellen für obdachlose Frauen* verwiesen werden
495 und das Angebot für obdachlose Frauen* weiter ausge-
496 baut werden. Obdachlose Frauen* brauchen Orte, an de-
497 nen sie vor Übergriffen geschützt sind. Teilhabe bedeutet
498 auch, dass menstruierende Menschen mit geringem Ein-
499 kommen perspektivisch kostenlosen Zugang zu Perioden-
500 produkten erhalten sollen.

501

502 Wenn das Geld knapp wird, müssen viele bei Ausgaben
503 für Kultur oder Sport sparen. Auch in Zeiten stark stei-
504 gender Preise wollen wir Teilhabe gewährleisten. Deshalb
505 fordern wir vergünstigte oder kostenfreie Sondertickets
506 in staatlichen Kultur- und Sportbetrieben für Kinder und
507 Jugendliche, Auszubildende, Studierende, Rentner*innen,
508 Wohngeld-, Grundsicherungs- oder Arbeitslosengeld-II-
509 Empfänger*innen. Mit dem vom Senat initiierten „Netz-
510 werk der Wärme“ werden bestehende Begegnungsorte
511 gestärkt und bekannter gemacht. Wir werden in Berlin
512 sicherstellen, dass staatliche und gemeinnützige Sport-,
513 Kultur- und Freizeiteinrichtungen ihre Arbeit weiter leis-
514 ten können. Die Energiesparmaßnahmen in öffentlichen
515 Einrichtungen dürfen nicht dazu führen, dass in Privat-
516 haushalten mehr Energie verbraucht werden muss. Staat-
517 lich finanzierte Institutionen wie Universitäten, Bibliothek-
518 en und Freizeiteinrichtungen müssen daher weiterhin zu
519 den regulären Öffnungszeiten und mit der kompletten
520 vorhandenen technischen Ausstattung als warme Aufent-
521 haltssorte zur Verfügung stehen.

522

523 Die Krise führt dazu, dass viele Berliner*innen vor neu-
524 en Fragen stehen. Mehr Menschen sind von Armut, Ener-
525 giearmut und Verschuldung bedroht. Menschen, die bis-

526 her noch nie Transferzahlungen benötigt haben, sind auf
527 staatliche Unterstützung angewiesen. Wir begrüßen, dass
528 der Senat zusätzliche Beratungsangebote vorsieht. Wichtig
529 sind dabei auch mehrsprachige und zielgruppengene-
530 naue Informationen, auch um Ängste vor der Inanspruch-
531 nahme von Hilfsleistungen abzubauen.

532

533 **d) Wirtschaft und Arbeit**

534

535 Die Krise führt dazu, dass Unternehmen unverschuldet
536 in Schwierigkeiten geraten und sogar von Insolvenz be-
537 droht sind. Wir unterstützen den wirtschaftlichen Ab-
538 wehrschirm des Bundes, um Arbeitsplätze zu sichern und
539 die Produktion fortführen zu können sowie die bisherigen
540 Unterstützungen zu erhalten. Dazu gehört u.a. eine tem-
541 poräre Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und Mög-
542 lichkeiten zur Steuerstundung, wie bereits während der
543 Corona-Pandemie. Es ist richtig, dass der Staat dann hilft
544 und Arbeitsplätze sichert, insbesondere bei systemrele-
545 vanten Unternehmen. Dabei darf es aber nicht passie-
546 ren, dass die Verluste sozialisiert und die Gewinne pri-
547 vatisiert werden. Um Unternehmen zügig Liquidität zu
548 verschaffen, soll der Zugang zu den bestehenden Liquiditi-
549 tätsprogrammen kurzfristig für weitere Branchen geöff-
550 net werden. Ein **eigenes Berliner Darlehensprogramm** mit
551 Liquiditätshilfen durch die IBB, das auf Bundeshilfen auf-
552 setzt, war bereits während der Corona-Pandemie erfolg-
553 reich und muss jetzt wieder schnell umgesetzt werden.
554 Für energieintensive Branchen sollte im Bund die Einfüh-
555 rung von Produktionsprämien geprüft werden, um bei-
556 spielsweise Lieferketten zu stabilisieren und Kaskadenef-
557 fekte zu verhindern. Für Investitionen in Energieeffizienz
558 und zur Dekarbonisierung sollen Sonderabschreibungs-
559 möglichkeiten geschaffen werden. Ein Gaspreisdeckel des
560 Bundes sollte auch und gerade für kleine und mittlere Un-
561 ternehmen gelten.

562

563 Gute Arbeit ist unsere Leitlinie. Dafür brauchen wir star-
564 ke Unternehmen in Berlin. In der Corona-Pandemie haben
565 wir in Berlin erfolgreich Arbeitsplätze erhalten und unsere
566 wirtschaftliche Struktur gesichert. Mit dem Neustartpro-
567 gramm für Wirtschaft und Kultur haben wir dafür gesorgt,
568 dass die Unternehmen nach der Pandemie wieder durch-
569 starten konnten und können. Nun gilt es, die Unterneh-
570 men auch in der aktuellen Energiekrise zu unterstützen.
571 Wir lassen notleidende Unternehmen nicht allein, auch
572 und gerade Soloselbstständige, kleine und mittlere Un-
573 ternehmen wollen wir bei der Bewältigung der steigen-
574 den Energiekosten unterstützen. Mit einer Berliner **Ener-
575 giekostensoforthilfe** für Unternehmen wollen wir die ge-
576 stiegenen Kosten abfedern – Bundesprogramme haben
577 dabei allerdings Vorrang, eine Doppelförderung muss ver-
578 mieden werden. Wir erneuern unseren Beschluss nach

579 Einführung einer Gewerbemietpreisbremse, damit vor al-
580 lem kleinere Gewerbebetriebe angesichts der steigenden
581 Energiekosten bei den Mieten entlastet werden. Ihre La-
582 ge wird noch dadurch verschärft, dass sie kaum Kündi-
583 gungsschutz genießen. Wir fordern den Senat auf, sich
584 im Bund dafür einzusetzen, eine Gewerbemietpreisbrem-
585 se und einen verbesserten Kündigungsschutz für Gewer-
586 be zu erreichen. Zugleich müssen diese Wirtschaftsförder-
587 programme so konzipiert werden, dass auch Unterneh-
588 men der Kultur- und Kreativwirtschaft sie in Anspruch
589 nehmen können.

590

591 Arbeitnehmer*innen müssen ein Anrecht zur Arbeit vor
592 Ort im Unternehmen bzw. Betrieb erhalten, um einen
593 durch Teleheimarbeit bedingten erhöhten Energiever-
594 brauch im Privathaushalt vermeiden zu können.

595

596 Es werden dringend mehr Fachkräfte auch in Klimaschutz-
597 berufen benötigt. Die Energiekrise und -wende ist damit
598 auch eine Chance für eine bessere Ausbildung, gute Ar-
599 beit und gut für den mittelständischen Handwerk. Wir
600 wollen gerade diejenigen als Fachkräfte gewinnen und
601 fördern, bei denen sonst Schulabgänge ohne Abschluss,
602 Nicht- bzw. Geringqualifikation und -verdienst drohen.

603

604 e) **Mieten und Wohnen**

605

606 Die steigenden Energiekosten und damit teils massiv er-
607 höhten Betriebskosten stellen viele Mieterinnen und Mie-
608 ter vor große finanzielle Probleme. Niemandem darf die
609 Wohnung gekündigt werden, weil er oder sie von den Be-
610 triebskosten überfordert ist. Wir fordern vom Bund, dass
611 Wohnungskündigungen aufgrund von Mietrückständen
612 wegen erhöhter Mieten und Betriebskosten mit einem
613 **Kündigungsmoratorium** vorübergehend gesetzlich aus-
614 geschlossen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Sper-
615 rungen von Wasser, Strom, Gas oder Fernwärme aufgrund
616 von Zahlungsrückständen in diesem Winter ausgeschlos-
617 sen werden. Mit dem **Härtefallfonds** bieten wir in Berlin
618 bei akuten Notfällen und unerwarteten Belastungen Hil-
619 fe. Er ist ein Energieschuldenfonds und dient als letzte
620 Maßnahme zur Verhinderung von Energiesperren.

621

622 Wir werden bei den landeseigenen Wohnungsbaugesell-
623 schaften ein **Kündigungsmoratorium** umsetzen und for-
624 dern die genossenschaftlichen und privaten Vermieter*in-
625 nen auf, ebenfalls auf Kündigungen zu verzichten, falls die
626 Betriebskosten nicht bezahlt werden können. Gleichzeitig
627 muss es aber auch zeitnahe Unterstützung für Vermie-
628 ter*innen geben. Gerade kleinere und mittlere Vermie-
629 ter*innen brauchen die Mieteinnahmen, z.B. als ihre Al-
630 tersversorgung oder um Kredite abzubezahlen.

631

632 Bereits jetzt gilt in Berlin ein besonderer Kündi-
633 gungsschutz von 10 Jahren nach der Umwandlung
634 einer Mietwohnung in eine Eigentumswohnung. Die
635 Kündigungsschutzklausel-Verordnung des Senats (die
636 am 1. 10. 2013 in Kraft getreten ist und im September
637 2023 abläuft) wird erneut bekräftigt. Wir setzen uns
638 im Bund dafür ein, den bisher bundesweit geltenden
639 Kündigungsschutz von drei Jahren nach der Umwandlung
640 einer Miet- in eine Eigentumswohnung auf eine längere
641 Frist auszudehnen.

642

643 Wir setzen uns im Bund dafür ein, Indexmieten von Ener-
644 giepreissteigerungen zu entkoppeln, zum Beispiel durch
645 eine Kappungsgrenze oder durch die Bindung an den Net-
646 tokaltmietenindex.

647

648 Wir begrüßen die Zahlung eines weiteren Heizkostenzu-
649 schusses und die Ausweitung des Wohngeldberechtigten-
650 kreises. Allerdings stellt die zügige Bearbeitung die Ber-
651 liner Wohngeldstellen vor große Herausforderungen. Zu
652 prüfen ist, ob eine Auszahlung nach erleichterter Vorprü-
653 fung möglich ist.

654

655 Mit der überarbeiteten Wohnraumförderung sorgen wir
656 mit jeweils 750 Mio. Euro in den Jahren 2022/23 dafür,
657 dass wieder mehr geförderte Wohnungen in Berlin gebaut
658 werden.

659

660 Der Mangel an günstigem Wohnraum ist für **Auszubil-**
661 **dende** besonders relevant: Beispielsweise durch fehlen-
662 de Azubi-Wohnheime sind die Mietkosten ohnehin hoch
663 und machen einen Großteil der Ausbildungsvergütung
664 aus. Mit den Mehrkosten dürfen Auszubildende jetzt nicht
665 allein gelassen werden. Daher fordern wir eine Erhö-
666 hung der Mindestausbildungsvergütung um mindestens
667 130 Euro und die Erhöhung der Berufsausbildungsbeihil-
668 fe. Auch für das studentische Wohnen müssen wir kosten-
669 günstigere Alternativen schaffen und mehr in Wohnhei-
670 me investieren.

671

672 **5. Gemeinsam packen wir das!**

673

674 Die Energiekrise betrifft alle gesellschaftlichen Lebensbe-
675 reiche. Deshalb ist es jetzt wichtig, die Gesellschaft zu-
676 sammenzuhalten. Wir tragen dafür Sorge, dass die Krise
677 solidarisch gemeistert wird. Denn gesellschaftlicher Zu-
678 sammenhalt und soziale Gerechtigkeit sind die DNA un-
679 serer politischen Arbeit. Deshalb ist es jetzt die Aufgabe
680 der Sozialdemokratie, durch soziale Maßnahmen die wirt-
681 schaftlichen Härten der Krise abzufedern. Unsere Antwort
682 auf die Krise sind umfassende Entlastungsmaßnahmen
683 und der Einsatz für Energieversorgungssicherheit. Dafür
684 machen wir uns aus Berlin auch im Bund weiter stark. Erst

685 zum Ende der Heizperiode werden wir sehen, wie gut wir
686 bundesweit und hier in Berlin diese Aufgabe gemeistert
687 haben.

688

689 Wir stehen zusammen und lassen niemanden allein. Wir
690 sind zuversichtlich: Gemeinsam packen wir das und bil-
691 den mit Solidarität und Entlastungen einen wirksamen
692 Gegenpol gegen all jene Kräfte, die die Krise politisch in-
693 strumentalisieren und die Spaltung der Gesellschaft vor-
694 antreiben wollen. Den Feinden unserer Demokratie setzen
695 wir die Offenheit und Zuversicht der Bundeshauptstadt
696 als Stadt der Freiheit entgegen. Berlin hat in Krisen schon
697 immer einen besonderen Zusammenhalt bewiesen. Die-
698 se Zeiten wurden auch von Regierenden Bürgermeistern
699 der SPD geprägt. Darauf sind wir stolz und es treibt uns in
700 unserer politischen Arbeit auch künftig an, um das Beste
701 für alle Berliner*innen zu erreichen und sie gut und sicher
702 durch die Krise zu bringen.

703

704 Dafür steht auch unsere Regierende Bürgermeisterin
705 Franziska Giffey. Berlin packt das. Wir sind die Berlin-
706 Partei.